

Analyse und Monitoring: Rechte Aktivitäten in Hamburg 2023

Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg

Die Analyse des MBT Hamburg beobachtet die Organisations- und Aktionsformen der (extremen) Rechten genauso wie die ausgrenzenden Artikulations- und Ausdrucksformen der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Gleichzeitig informiert dieser Beitrag aber ebenso über Aktivitäten und Initiativen gegen Rechts und versteht sich damit als Beitrag zur fachlichen und gesellschaftlichen Debatte. Ziel dieses Beitrags ist, Interessierten aktuelle Informationen und Wissen über (extrem) rechte und ausgrenzende Strukturen in Hamburg, aber ebenso über Formen des Gegenengagements zu liefern. Das Monitoring erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Auch in 2023 beobachten wir eine Vielzahl an dokumentierten Vorfällen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Hamburg, welche sich regelmäßig an den verschiedensten Orten und in den verschiedensten Zusammenhängen ereignen, sei es im sogenannten »privaten« oder im öffentlichen Raum, im Personennahverkehr, in Betrieben oder (staatlichen) Institutionen, von verbalen und symbolischen

bis hin zu massiven physischen Angriffen – wobei zudem von einer Vielzahl undokumentierter Vorfälle rechter rassistischer und antisemitischer Gewalt auszugehen ist. Dies zeigt immer wieder, dass sich Gewaltverhältnisse, die mit rechten Ideologien der Ungleichwertigkeit verschränkt sind, strukturell durch die Gesellschaft ziehen und sich mitnichten bloß an vermeintlichen »Rändern« der Gesellschaft verorten lassen.

Rechter Druck auf Geflüchtete

Verschiedene rechte Akteur_innen machen gegen Geflüchtete und ihre Unterbringung mobil. Abgeordnete der Fraktion der AfD Hamburg in der Hamburgischen Bürgerschaft nutzen beispielsweise wiederholt parlamentarische Anfragen an den Hamburger Senat, um detaillierte Fragen zu Kosten für Geflüchtetenunterkünften, sowie zur Anzahl geflüchteter

Personen in einzelnen Bezirken und zu demografischen Daten zu stellen. Hierbei ist schon absehbar, dass geflüchtete Menschen als »finanzielle Belastung« diffamiert werden sollen¹. Zahlreiche dieser parlamentarischen Anfragen werden über verschiedene regionale AfD-Accounts auf Social Media verarbeitet. Hier werden die Inhalte der Anfragen in

zutiefst rassistische Aussagen und Narrative, auch mittels abwertender Bebilderungsstrategie, eingebunden. Gerade am Beispiel der AfD Aktivitäten in Bezug auf die geplante Unterkunft an der Wichmannstraße in Hamburg-Bahrenfeld lässt sich diese Strategie nachvollziehen. Schriftliche Kleine Anfragen und Anträge der AfD-Fraktion und einzelner Abgeordneter (Drucksachen 22/12687, 22/12631, 22/12632) werden teils in noch explizitere rassistische Facebookposts² und in Beiträgen auf der Website der AfD Fraktion³ eingebunden sowie durch Flyeraktionen im Stadtteil ergänzt. Im Umfeld der geplanten Unterkunft wurden rassistische AfD-Flyer vor einer Grundschule und am Sportplatz Wichmannstraße verteilt, die unverhohlen Abschiebung fordern und sich gegen den Bau der Unterkunft richten.

Zudem griffen Mitglieder extrem rechter Organisationen, wie die NPD, in ihrer Stimmungsmache gegen Geflüchtete wiederholt auf die antisemitische, antifeministische und rassistische Verschwörungserzählung des sogenannten »Großen Austauschs«⁴ zurück. Die NPD organisiert ebenfalls rassistische Flyer-, Plakat- und Symbolaktionen in diversen Hamburger Stadtteilen und auch in unmittelbarer Nähe von

bereits bestehenden oder sich in Planung oder im Bau befindlichen Unterkünften.

Doch die Mobilisierung gegen Geflüchtete geht keineswegs nur von parteilich organisierten rechten Akteur_innen oder von exponierten Neonazis aus, sondern bspw. auch von lose organisierten Nachbar_innenschaften, welche sich selbst als »bürgerlich« definieren. Mit Petitionen oder Unterschriftenkampagnen sowie auf Stadtteilversammlungen und in anderen Gremien wird gegen Geflüchtete und deren Unterbringung agitiert, z. B. im Kontext der sich aktuell im Bau befindenden Geflüchtetenunterkunft »Am Luisenhof« im Stadtteil Farmsen-Berne. Rechte Diskurse schlagen sich auch in Hamburg wiederholt in gewaltvollen Übergriffen, sowohl verbal als auch physisch, gegenüber Geflüchteten nieder. Zudem gab es Gewalt gegenüber Mitarbeitenden von Unterkünften und Angriffe auf noch im Bau befindliche Unterkünfte, auf Bauarbeiter_innen und es wurden Drohszenarien aufgebaut. Auch gab es in diesem Jahr in Hamburg mehrere bislang unaufgeklärte Brandstiftungen, unter anderem in Bahrenfeld, und weitere gewaltsame Angriffe auf Unterkünfte für Geflüchtete in Hamburg.

Rechte Positionen zu Umweltschutz und Klimawandel

Die Positionen rechter Akteur_innen zu Fragen der Ökologie und des Klimawandels lassen sich grob in zwei Haupttendenzen unterteilen: 1. Wissenschaftsfeindliche Klimawandel leugner_innen oder Antiökolog_innen, 2. »Ökofaschist_innen« in der Tradition des rechten Umwelt- und Naturschutzes⁵. Zudem beruhen vorgeblich »pro-ökologische« Positionen rechter Akteur_innen häufig auf rassistischen Narrativen einer vermeintlichen »Überbevölkerung«⁶.

Auch in Hamburg werden die Themen Umweltschutz und Klimawandel von Hamburgs Rechten vereinnahmt und

somit verschiedene und zum Teil widersprüchliche Anknüpfungspunkte geschaffen. Zum einen wird von einzelnen rechten Akteur_innen eine Anschlussfähigkeit an Themen von Fridays for Future (FFF) gesucht, bspw. indem Kundgebungsreihen ähnlich benannt werden oder versucht wird, wie in den Jahren zuvor, auf FFF-Demos mitzulaufen⁷. Zum anderen beteiligen sich Rechte auch an Umweltaktionen wie bspw. die Hamburger NPD nach eigener Aussage an der städtischen Aktion »Hamburg räumt auf«. Gleichzeitig werden Aktionen von aktivistischen Gruppen wie der »Letzten Generation« kritisiert und die Klimapolitik der Bundesregie-

rung in einen Gegensatz zu nationalistischen Interessen gesetzt. Die AfD Hamburg und andere rechte Akteur_innen mobilisieren wiederholt gegen Aktivist_innen der »Letzten

Generation« und äußern Verständnis für gewalttätige Übergriffe auf Aktivist_innen bzw. versuchen, diese zu legitimieren.

Rechte Akteur_innen und Erinnerungskultur

Rechte Akteur_innen mobilisieren gegen die kritische Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und des deutschen Kolonialismus sowie deren historische Aufarbeitung in Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft. So stellte etwa ein Abgeordneter der Hamburger AfD-Fraktion eine umfassende parlamentarische Anfrage an den Hamburger Senat zur Umbenennung von Straßennamen (mit Bezug zum Kolonialismus oder auch dem Nationalsozialismus) sowie zu Initiativen und Institutionen, die kritische Erinnerungsarbeit in Hamburg leisten.⁸ Auch diese Anfrage wurde wieder von diffamierenden Posts auf unterschiedlichen regionalen AfD Accounts auf social media begleitet, in denen erinnerungspolitische Anliegen aus dem Kontext genommen, verzerrt und verunglimpft werden.⁹ Immer wieder wird bei dieser Stimmungsmache gegen Maßnahmen zur Umbenennung von Straßen oder öffentlichen Plätzen auch die vermeintliche Höhe der Kosten von der AfD hervorgehoben. Das steht im

Widerspruch dazu, dass Abgeordnete der AfD-Bürgerschaftsfraktion eigene Anfragen und Anträge zur Umbenennung von Straßen und öffentlichen Plätzen stellt und die Einführung eines neuen Feiertages fordert.¹⁰ Die AfD-Fraktion legte bspw. am 17. Juni 2023 in der Hamburger Bürger_innenschaft eine Schweigeminute in Gedenken an den Aufstand in der DDR am 17. Juni 1953 ein und verlangt, diesen Tag zu einem offiziellen Gedenk- und Feiertag »nationaler Einheit« zu machen. Dabei knüpft sie an bestehende Diskurse rechtsextremer Akteur_innen an, welche bereits seit Jahrzehnten den 17. Juni in nationalistischer und völkischer Auslegung feiern¹¹. Die NPD wiederum versucht, den 8. Mai, d. h. den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, der 2023 erstmals als offizieller Gedenktag in Hamburg begangen wurde, umzudeuten, relativiert und leugnet die Verbrechen des NS. Die NPD ehrte an diesem Tag deutsche Täter_innen und hielt sich an Kriegsdenkmälern in der Stadt auf.

Queer- und transfeindliche und antifeministische Aktionen

Weiterhin beobachten wir Queer- und Transfeindlichkeit sowie Antifeminismus durch rechte inklusive verschwörungsideologische Gruppen. Ein markantes Beispiel ist die trans- und queerfeindliche antifeministische »Volksinitiative« zum Verbot gendergerechter Sprache in Schule und Verwaltung, die von der Hamburger AfD und NPD begrüßt und beworben wurde. So hat die NPD in Hamburger Fuß-

gänger_innenzonen Unterschriften zur Unterstützung der besagten »Volksinitiative« gesammelt und am sogenannten »Muttertag« antifeministische Flugblätter in der Hamburger Innenstadt verteilt. Die Initiative möchte das – aktuell in Hamburger Behörden und Institutionen freiwillige – Gendern verbieten, was sprachliche Ausschlüsse und Unsichtbarmachungen von Menschen zur Folge hätte. Häufig

gehen Forderungen nach Verboten gendergerechter Sprache einher mit antifeministischen und queerfeindlichen Haltungen. So erklärte die Initiatorin queere und trans* Menschen zur Gefahr für die menschliche Evolution, fiel schon seit längerem mit Aussagen auf, die queere Menschen abwerten. Zudem teilte sie antisemitische Verschwörungserzählungen, nach denen die Queer Theory vermeintlich Gesellschaften destabilisiere und die Machtkonzentration von »Eliten« mit sich bringe¹². Die Aktion traf auch in bürgerlichen Kreisen auf Zustimmung, so unterstützte die Hamburger CDU zunächst die genannte Unterschrifteninitiative gegen geschlechtergerechte Sprache, auch noch nachdem deren Initiatorin öffentlich in Kritik geriet. Aufgrund ihrer Unterstützung der besagten »Volksinitiative« sowie ihrer

Ablehnung des Gesetzes zur geschlechtlichen Selbstbestimmung wurde die Hamburger CDU von der Hamburger Pride Demonstration im August 2023 ausgeladen. Die Hamburger AfD übt gezielt Druck aus, auch hier in Form von parlamentarischen Anfragen und Social-Media-Beiträgen und damit einhergehenden Versuchen, den Ausschluss von trans*Personen aus Schutzräumen zu erwirken.¹³ Auch in verschwörungsideologischen Telegram-Gruppen mit Hamburg-Bezug werden regelmäßig queer- und transfeindliche Inhalte geteilt und in strukturell antisemitische Verschwörungserzählungen eingewoben. In einzelnen Gruppen wurde auch zur Störung queerer Veranstaltungen in Hamburg aufgerufen, worauf zivilgesellschaftliche Akteur_innen das MBT aufmerksam machten.

Verschwörungsideologischer Aktivismus

Hamburg fungiert weiterhin als prominenter Vernetzungsort für verschwörungsideologische Akteur_innen aus dem norddeutschen Raum sowie des gesamten deutschen Bundesgebiets und darüber hinaus. So kam es z. B. im Frühjahr 2023 in Hamburg zu einem größeren Vernetzungstreffen mit verschwörungsideologischen Akteur_innen anderer Bundesländer, welche auch mit Akteur_innen des extrem rechten Spektrums wie bspw. Jürgen Elsässer und Andreas Kalbitz vernetzt und auf Social Media recht aktiv sind. Dieses Treffen, mit Teilnehmer_innen im höheren zweistelligen Bereich, fand in einer zentral gelegenen Lokalität im Hamburger Stadtpark statt. In dem Kontext stellen wir fest, dass der Bedarf an Beratung und Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Betreiber_innen von Veranstaltungsräumen, die sich gegen Versuche der Raumnahme von Rechts positionieren und engagieren, fortwährend bestehen bleibt.

Mit nahezu wöchentlicher Regelmäßigkeit finden in verschiedenen Hamburger Stadtteilen, z. B. in Altona, Harburg, Lok-

stedt, Niendorf und Rotherbaum, Demonstrationen und Kundgebungen verschwörungsideologischer Akteur_innen, mit Teilnehmendenzahlen häufig im mittleren zweistelligen Bereich, statt. Themen dieser öffentlichen Veranstaltungen sind u. a.: der Angriffskrieg gegen die Ukraine (wobei meist eine prorussische Haltung eingenommen wird), verschwörungsideologische Kritik an öffentlich-rechtlichen Medien, ein behaupteter Mangel an Souveränität Deutschlands als Nationalstaat ebenso wie die sogenannte »Aufarbeitung« der Corona-Schutz-Maßnahmen. Im Kontext der Veranstaltungen und auf digitalen Kanälen werden als Verantwortliche für bestehende Krisen und Missstände in antisemitischer Manier vermeintlich geheime elitäre »Strippenzieher_innen« bestimmt. Als deren Repräsentant_innen werden z. B. internationale Organisationen, wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder das Weltwirtschaftsforum (WEF), benannt. Auch werden diese Ansichten oft kombiniert mit weiteren rechten Positionen, so dass politische Bestrebungen für Klima- und Geschlechtergerechtigkeit ebenfalls durch Ver-

schwörungserzählungen der vermeintlichen »Steuerung« durch mächtige »Eliten« bezichtigt werden. Zum Teil bestehen auch inhaltliche und personelle Überschneidungen zwischen verschwörungsideologischen Akteur_innen und Akteur_innen aus sogenannten Reichsbürger_innen-Zusammenhängen sowie organisierten rechten Akteur_innen. Neben weiter oben genannten Beispielen, ist festzuhalten, dass auch 2023 verschiedene AfD Mitglieder an verschwörungsideologischen Veranstaltungen teilnahmen, bspw. bei einer Veranstaltung der Ärzte für Aufklärung im Sommer 2023. Mitglieder von verschwörungsideologischen Telegram

Gruppen mit Hamburg-Bezug berichteten von der Teilnahme an der neonazistischen Demonstration in Gedenken an alliierte Luftangriffe in Dresden und organisierten eine eigene Kundgebung dazu in Hamburg.

Akteur_innen der »Reichsbürger_innen«-Szene versuchten auch aktiv neue Anhänger_innen in und um Hamburg für ihre Projekte zu gewinnen. Akteur_innen des sogenannten »Königreich Deutschland (KRD)« veranstalteten im Frühjahr 2023 ein Seminar in Marmstorf, in der Nähe Hamburgs, welches der Anwerbung Interessierter dienen sollte.

Strategien der Hamburger AfD

Legitime Instrumente der demokratischen Kontrolle, wie z. B. die schriftliche parlamentarische Anfrage, werden von der AfD-Bürgerschaftsfraktion genutzt, um Druck auf migrantisierte Communities, trans* Personen, Schwarze Filmprojekte und weitere Akteur_innen auszuüben, die sich gegen Ungleichwertigkeit einsetzen. Nicht selten nehmen Personen und Organisationen, die mit diesen Anfragen konfrontiert sind, unser Beratungsangebot wahr. Die Anfragen lösen häufig Druck aus, weil die Finanzierung und damit auch die Arbeitsplätze von engagierten Personen infrage gestellt werden und die konfrontierten Akteur_innen in den Fokus öffentlicher Debatten geraten, an denen sich das Wähler_innen-Potenzial der AfD-Hamburg rege beteiligt. Wir stellen außerdem fest, dass sich die Hamburger AfD zunehmend erfolgreich als »Beschwerdestelle« für Personen etabliert hat, die gegen benachbarte Geflüchtete, Wohnungslose oder Personen, die sich in Umfeld von Kita und Schule gegen rechts engagieren, vorgehen wollen. Dies kommt mitunter in parlamentarischen Anfragen zum Ausdruck. Ratsuchende berichten, dass in ihrem professionellen Umfeld damit gedroht wird, sich an die AfD zu wenden.

Wie oben beschrieben, sind die Anfragen oft begleitet von Facebook-Posts. Während die Anfragen häufig nach Zahlen, Statistiken, Finanzierungen und Zeiträumen in meist eher unauffälliger Sprache gehalten sind, zeigen die Facebook-Posts sehr viel deutlicher, welche Haltung dahintersteckt. So finden sich hier rassistische Darstellungen von migrantischen Personen im Social-Media-Feed der unterschiedlichen Hamburger AfD-Accounts wieder¹⁴. Auf ein Beispiel wurde bereits im Abschnitt weiter oben (*Rechter Druck auf Geflüchtete*) eingegangen: Auf parlamentarischer Ebene wird danach gefragt, wie hoch die Kosten für den Betrieb einer spezifischen Unterkunft für Geflüchtete sind. Die Senats-Antwort wird dann in einen Social-Media-Post eingebettet, welcher die rassistische Darstellung einer migrantisierten Person zeigt, die mit graphisch hinzugefügten Geldscheinen überhäuft wird.

Diese Strategie wird nicht nur in Hamburg, sondern auch in den anderen Landesparlamenten, in denen die AfD vertreten ist, sowie auf Bundesebene verfolgt. Unterschiedliche Vertreter_innen von Demokratieförderprojekten weisen darauf seit geraumer Zeit hin. So führt bspw. Robert Lüdecke (Pres-

sesprecher der Amadeu Antonio Stiftung) dazu aus: »Mit einer Reihe von parlamentarischen Anfragen diffamiert die AfD systematisch Demokratieprojekte und ihre Mitarbeitenden. Mit dieser Methode werden Institutionen und Engagierte als Feindbilder markiert und zum Ziel von Bedrohung und Gewalt.«¹⁵ Die Journalistin Kira Ayyadi formuliert zentrale Impulse für den medialen Umgang sowie für die solida-

rische Unterstützung von Betroffenen dieser Anfragen: »Wenn über skandalöse Anfragen berichtet wird, sollten Medien die Fragen immer in einen Kontext setzen und überlegen, was damit eigentlich bezweckt werden soll. Besonders wichtig, doch häufig vergessen, ist die Solidarität mit Betroffenen, die von der AfD eingeschüchtert und diskreditiert werden sollen.«¹⁶

Überregionale Vernetzung rechter Akteur_innen aus Hamburg

Rechte Akteur_innen aus Hamburg arbeiteten an der Intensivierung und dem Ausbau von überregionalen bis hin zu internationalen Vernetzungen mit rechten Akteur_innen außerhalb Hamburgs. So mobilisierten verschwörungsideologische Akteur_innen aus Hamburg häufig zu überregionalen Demonstrationen und nahmen auch an diesen teil, z. B. in Bremen und Schleswig-Holstein. Mitglieder der Hamburger NPD beteiligten sich an einem Aufmarsch einschlägiger rechtsextremer Akteur_innen in Rheinland-Pfalz. Lennart Schwarzbach, der Landesvorsitzende der NPD

Hamburg, wurde Ende 2023 auch zum neuen Bundesvorsitzenden der NPD gewählt. Somit steht nun ein Hamburger NPD-Mitglied an der Spitze desjenigen Teils der rechtsextremen Partei, der weiterhin unter dem Namen NPD firmiert, nachdem sich im Juni 2023 Teile der NPD abspalteten und sich zu einer Partei unter dem neuen Namen, »Die Heimat«, zusammenschlossen. Ein bekannter, ehemals in Hamburg ansässiger Neonazi betätigte sich in organisatorischer Funktion bei einem internationalen rechten Kampfsport-Event in Ungarn.

Reaktionen rechter Akteur_innen auf den Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07.10.2023

Die Hamburger NPD reagierte auf den Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07.10.23 durch israelbezogenen Antisemitismus und eine vermeintliche Solidarisierung mit der palästinensischen Bevölkerung. Somit knüpfte die NPD an bestehende und von ihr verbreitete antisemitische Diskurse an. Auf verschwörungsideologischen Online-Plattformen aus Hamburg und auf Demonstrationen, bspw. im Umfeld der sogenannten »Kunsthallen Demos« und des »Bürger Bündnis Hamburg«, wurden im Anschluss an den Terrorangriff der Hamas und die aktuelle Situation in Israel und Gaza,

ebenfalls vermehrt israelbezogene antisemitische Positionen geteilt und vertreten. So forderte das »Bürger Bündnis Hamburg« in deren Aufruf lediglich einen freien Staat Palästina, ohne sich zum Existenzrecht Israels zu positionieren und in Hamburg-bezogenen social media-Kanälen wird der Terrorangriff der Hamas wiederholt angezweifelt und in antisemitische Verschwörungserzählungen eingewoben.

Die Hamburger AfD wiederum gab vor, sich solidarisch mit Israel zu erklären und sich gegen Antisemitismus zu posi-

tionieren. Allerdings verflocht die Hamburger AfD ihre vermeintliche Positionierung gegen Antisemitismus mit einer Externalisierung von Antisemitismus und mit (oft antimuslimischem) Rassismus. So schoben AfD-Akteur_innen Antisemitismus in Deutschland primär migrantisierten, von Rassismus betroffenen Personen zu. Auch sprachen Mitglieder der Hamburger AfD von einem vermeintlich »importierten Antisemitismus« und griffen in der Agitation gegen diesen auf rassistische rhetorische Mittel zurück. Dabei blendet die AfD die eigene Verwobenheit mit antisemitischen Positionen aus. So liefen AfD-Mitglieder und teilweise AfD-Politiker_innen aus verschiedenen Bundesländern in den letzten Jahren Seite an Seite mit extrem rechten Antisemit_innen und Neonazis bei den Merkel-Muss-Weg-Demonstrationen sowie bei antisemitischen Corona-Demonstrationen in Hamburg. Ganz zu schweigen von den zahlreichen Vorfällen, in denen AfD-Mitglieder und Funktio-

näre sich relativierend oder verhöhnend auf NS-Verbrechen bezogen. Zuletzt, indem ein Hamburger AfD-Kandidat für die Europawahl versuchte, Hakenkreuz-Zeichen auf den Gräbern von Helmut und Loki Schmidt als angeblich linke Straftat zu verzerren.¹⁷ Auch sind in diesem Kontext die Verbindungen eines Mitglieds der AfD-Bürgerschaftsfraktion zur extrem rechten Burschenschaft Danubia¹⁸, die auch Holocaust-Leugner_innen als Redner_innen einlud, sowie der Vertrieb eines Liederbuchs mit Nazi-Liedern durch ebendieses Mitglied hervorzuheben¹⁹. Vor diesem Hintergrund erscheint die vermeintliche Positionierung gegen Antisemitismus vorgeschoben.

In Hamburg kam es auf und im Umfeld von pro-palästinensischen Demonstrationen mehrfach zu antisemitischen Vorfällen und Übergriffen, z. B. im Kontext einer Demonstration in Harburg Ende Oktober 2023.

Entwicklungen um die Aufarbeitung des NSU-Komplexes in Hamburg

Die Fraktionen der regierenden Parteien in der Hamburger Bürger_innenschaft setzen sich, anstelle eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) wegen des NSU-Mordes an Süleyman Taşköprü, für eine interdisziplinäre, wissenschaftliche Aufarbeitung des NSU-Komplexes in Hamburg ein. Das Fortwirken rechtsterroristischer Strukturen solle somit mit einem umfangreichen Wissenschaftsprojekt erforscht werden. Parlamentarische und außerparlamentarische Akteur_innen, wie die Partei die Linke und selbstorganisierte Zusammenhänge von Rassismus Betroffener, kritisieren, dass die von der Regierungskoalition ersuchte

wissenschaftliche Studie zum NSU-Komplex einen PUA nicht ersetzen könne, da die rechtlichen Möglichkeiten durch diese Entscheidung stark eingeschränkt seien. Zudem wird gefordert, dass die besagte Studie in demokratischen Prozessen überprüft und begleitet werden solle; durch ein externes Gutachten sowie einen Beirat, in dem neben Mitgliedern der Bürger_innenschaft auch Betroffene rechter Gewalt oder ihre selbstbestimmten Vertreter_innen, Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich gegen die extreme Rechte engagieren sowie Expert_innen auf dem Gebiet der extremen Rechten gleichberechtigt vertreten sein sollten.

Gegenengagement

In Hamburg gab es 2023 eine große Vielfalt an zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechts. Nachdem Ende 2022 durch Recherchen des Hamburger Bündnisses gegen Rechts bekannt wurde, dass die »Burschenschaft Germania,« eine rechte, schlagende Verbindung, in ein Gebäude im Stadtteil Wandsbek-Marienthal gezogen war, bildete sich in Marienthal die überparteiliche Nachbarschaftsinitiative »Marienthal bleibt bunt«. 2023 organisierte »Marienthal bleibt bunt« mehrere Informationsveranstaltungen und Kundgebungen, auf welchen über die als rechtsextrem eingeschätzte »Burschenschaft Germania« informiert und sich klar gegen rechtsextreme Bestrebungen im Stadtteil positioniert wurde²⁰.

In Stadtteilen, in denen rechte Akteur_innen rassistische Agitation gegenüber Geflüchteten und deren Unterbringung betrieben, gab es zivilgesellschaftliche Akteur_innen, welche sich solidarisch mit Geflüchteten erklärten, sich gegen Rechts positionieren und z. T. auch in parlamentarischen Akteur_innen Verbündete fanden. So gelang es z. B. einem Zusammenschluss mehrerer Akteur_innen des Integrationsbeirats in Wandsbek ein AfD-Mitglied, welches rassistische Hetze gegenüber Geflüchteten betrieben hatte, vom Integrationsbeirat auszuschließen.

Nachdem es in Niendorf innerhalb kurzer Zeit zu zwei Vorfällen massiver rassistischer Gewalt kam, einem versuchten

Mord und einer Körperverletzung, schlossen sich in kurzer Zeit bereits bestehende zivilgesellschaftliche Akteur_innen und Gruppen, u. a. »Wir für Niendorf« und die »Omas gegen Rechts«, auch mit Unterstützung mit Unterstützung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts sowie von Bezirkspolitiker_innen der Grünen, Linken und SPD, mit neuen engagierten Akteur_innen zusammen und organisierten eine Demonstration und Kundgebung, welche sich klar gegen Rassismus positionierte²¹. Einer der rechten Vorfälle, die zu der Demonstration führten, war ein antimuslimisch-rassistisch motivierter Mordversuch mit Schusswaffengebrauch, eines als rechts bekannten Täters in Niendorf. Bei einer polizeilichen Durchsuchung wurden in der Wohnung des Täters weitere Schusswaffen, NS-Devotionalien sowie Propagandamaterial rechter Parteien und Organisationen gefunden. Der Täter wurde zu sieben Jahren Haft wegen versuchten Mordes verurteilt, die extrem rechte und rassistische Gesinnung des Täters wurde auch vom Gericht als Ausgangspunkt für die Tat bewertet. Das Hamburger Bündnis gegen Rechts und weitere Initiativen beteiligten sich an der Prozessbegleitung zur Unterstützung der Betroffenen.

Dies sind nur einzelne Beispiele für die vielen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechts in Hamburg, inklusive der vielfältigen und alltäglichen Strategien des selbstorganisierten Widerstands von Betroffenen rechter Gewalt.

- 1 Auf Wiederholung explizit rechter, rassistischer und antisemitischer Inhalte wird im folgenden Text weitgehend verzichtet, um der Reproduktion der Gewalt möglichst wenig Raum zu geben.
- 2 siehe bspw. den Facebookpost der AfD Fraktion vom 11.08.2023
- 3 siehe bspw. Den Beitrag auf der Website der AfD Fraktion vom 29. August 2023
- 4 Für mehr Informationen zur extrem rechten Verschwörungserzählung des »Großen Austauschs«: <https://www.bs-anne-frank.de/mediathek/blog/der-grosse-austausch-verschwoerungserzaehlungen-und-rassismus>
- 5 Vgl. Quent, Matthias, Christoph Richter und Axel Salheiser. Klimarassismus: Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende. München: Piper Paperback, 2022. S. 17–20.
- 6 Siehe dazu unter anderem eine kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept des Neo-Malthusianismus unter <https://www.nf-farn.de/glossar-malthusianismus-neo-malthusianismus>
- 7 Siehe dazu: <https://mobileberatunghamburg.de/monitoring-nr-13-november-2021/>
- 8 Siehe diese schriftliche kleine Anfrage der AfD zur Umbenennung von Straßennamen: https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/83536/der_umgang_mit_verkehrsflaechen_ii.pdf
- 9 Siehe Post auf der Facebookseite der AfD vom 12.05.2023.
- 10 So beantragt die AfD bspw. die Umbenennung eines zentralen Platzes in Hamburg in »Platz der Familie« (Link zum Antrag der AfD: https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/84779/sichtbarkeit_von_familien_im_oeffentlichen_raum_staerken_durch_einen_platz_der_familie.pdf). Wie einzelne Mitglieder AfD wiederum den Begriff der »Familie« definieren, nämlich cis- und heteronormativ und somit auch queer- und transfeindlich, wird in entsprechenden Social-Media-Posts deutlich.
- 11 Weitere Infos zu der Umdeutung der Geschehnisse am 17. Juni 1953 durch die AfD: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-06/thueringen-innenminister-georg-maier-afd-17-juni>
- 12 Siehe dazu bspw. https://www.queer.de/detail.php?article_id=44841, https://www.queer.de/detail.php?article_id=42254
- 13 Siehe bspw. die transfeindliche schriftliche kleine Anfrage der AfD zum Umgang mit trans* Personen bei Frauensauna-Angeboten der Bäderland-Bäder. CN Transfeindlichkeit https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/84046/maenner_die_sich_als_frauen_definieren_in_den_damensaunen_bei_baederland_wie_erfolgt_der_nachweis.pdf

Das **Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg** ist ein Projekt von Arbeit und Leben Hamburg e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« wird das Projekt gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BAFzA bzw. der Sozialbehörde dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor_innen die Verantwortung.

Herausgeber_innen:

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.
Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg,
Registernummer: VR 9937

Redaktion: MBT Hamburg

Gestaltung: Drucktechnik Altona

Verantwortlich im Sinne des

Presserechts: Elvira Kantarovic,
Lena Thureau

Kontakt:

Arbeit und Leben Hamburg /
Mobiles Beratungsteam gegen
Rechtsextremismus Hamburg
Telefon: 040 284016-202
mbt@hamburg.arbeitundleben.de
www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de

- 14 Siehe dazu die Schriftliche Kleine Anfrage der AfD Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft vom 27.06.2023 (Drucksache 22/12377) und das rassistische Aufgreifen der Anfrage in Facebookposts am 12. Und 13. Juli 2023
- 15 Lüdecke, Robert. »AfD diffamiert mit parlamentarischen Anfragen Demokratieprojekte«. Amadeu Antonio Stiftung (Blog), 3. Februar 2023. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/afd-diffamiert-mit-parlamentarischen-anfragen-demokratieprojekte-95149/>
- 16 Ayyadi, Kira. »Parlamentarische Anfragen der AfD«. Belltower News, 20. Januar 2023. <https://www.belltower.news/parlamentarische-anfragen-die-afd-versucht-zweifel-an-der-demokratie-zu-naehren-145489/>
- 17 https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/86024/schmierereien_auf_dem_grab_von_loki_und_helmut_schmidt_propagandadelikte_und_ihre_statistische_einordnung.pdf
- 18 <https://taz.de/Kandidat-der-Hamburger-AfD!/5020372/>
- 19 <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/burschenschaft-in-muenchen-rechte-verbindungen-1.2947878>
- 20 <https://www.abendblatt.de/hamburg/wandsbek/article237982907/burschenschaft-germania-rechtsextremismus-marienthal.html>
- 21 <https://www.eimsbuetteler-nachrichten.de/rassismus-niendorf-gegen-rechts-toleranz-vielfalt-demo/>